

Luftwaffe droht «strategische Lücke»

Korpskommandant Aldo Schellenberg zu Perspektiven der Schweizer Luftverteidigung

Das Nein des Souveräns zur Beschaffung des Gripen im Mai 2014 droht in eine «strategische Lücke» im Luftraumschutz zu münden. Die Luftwaffe hält dagegen, wie Kommandant Aldo Schellenberg bei einem Truppenbesuch in Norwegen betonte.

HANSPETER METTLER, TRONDHEIM

Soschär das 53,4-Prozent-Nein der Schweizer Stimmberechtigten zum Kauf von Gripen-Kampfflugzeugen im Mai 2014 die mittelfristigen Perspektiven der Schweizer Luftwaffe kompromittiert hat: Die Erwartungen der Öffentlichkeit, auch der eidgenössischen Räte, an die Leistungsfähigkeit der Luftstreitkräfte bleiben unverändert hoch. Davon zeugt nicht zuletzt die vom Parlament beschlossene Umsetzung der Motion Hess für die «erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten». Das Ziel des Vorstosses lautet, rund um die Uhr an 365 Tagen innerhalb von 15 Minuten Interventionen im Rahmen des Luftpolizeidienstes sicherzustellen. Nach einem schrittweisen Hochfahren ab dem kommenden Jahr soll der Motionsauftrag per Anfang 2021 erfüllt sein (NZZ 2. 12. 15).

Bis hinauf zum Polarkreis

Wer rund um die Uhr luftpolizeilich zur Intervention befähigt sein will, muss voll nachflugtauglich sein. Das gilt selbstredend erst recht für Einsätze in einer höheren Konfliktskationsstufe bis hin zum Kriegseinsatz, für den sich die Luftwaffe gemäss Auftrag bereitzuhalten hat. Nun sind dem Nachflug-Training schweizerischer Militärjets aus Lärmzuschuldengründen enge Grenzen gesetzt. Geübt werden kann an einem Abend pro Woche mit vielen Einschränkungen im Winterhalbjahr; sommers wird es zu spät dunkel. Aus diesem Grund disloziert die Luftwaffe seit 1998 mit einem Detachement regelmässig einmal pro Jahr auf die Luftwaffenbasis Ördland unweit Trondheim in Mittel-Norwegen. Hier, auf der Breite 63,5 Grad Nord, ist es zurzeit nachmittags gegen halb vier Uhr stockdunkel.

Die Trainingsbedingungen, welche die norwegische Luftwaffe den Gästen aus der Schweiz anbieten kann, sind hervorragend. Über der Nordsee können Überschallflüge auch in geringsten Flughöhen bis kurz vor Mitternacht durchgeführt werden. Der Trainingsraum erstreckt sich nordwärts bis in den Bereich des Polarkreises. Legte man die Übungs-



Schweizer F/A-18 im subarktischen Schummerlicht in Ördland, bereit für das nächtliche Training.

HANSPETER METTLER

zone auf eine Karte Mitteleuropas, reichte sie von Hannover bis Savoyen.

Nach Ördland geflogen sind acht F/A-18 der Schweizer Luftwaffe. Die vierwöchige Kampagne «Nightway 2015» geht in diesen Tagen zu Ende. In der ersten Hälfte wurden erfahrene F/A-18-Piloten beibehalten. Auch hohe norwegische Luftwaffenoffiziere sprechen von einer willkommenen Win-win-Situation, da ihre F-16-Jets als Aggressoren gegen verteidigende Schweizer Kampfflotten antreten konnten. In der zweiten Hälfte von «Nightway» stand aus Schweizer Sicht das grundlegende Nachflugtraining jüngerer Piloten im Zentrum. Unter dem Strich absolviert heute die F/A-18-Flotte rund 50 Prozent des Nachflugtrainings in Norwegen. Mehr habe keinen Sinn, sagen Luftwaffen-Spezialisten; es müsse eben auch in unserer, in der Schweizer Topografie geübt werden.

Korpskommandant Aldo Schellenberg, Chef der Schweizer Luftwaffe, hat in dieser Woche in Begleitung einer kleinen Journalistengruppe dem übenden F/A-18-Detachement in Ördland einen Truppenbesuch abgestattet. Er äusserte sich bei dieser Gelegenheit auch zur Mittelfristplanung in seinem Verantwortungsbereich, namentlich nach dem

Nein zum Kampfjet Gripen. Sein Befund ist keineswegs beruhigend: In der normalen Lage seien die nach drei Verlusten verbliebenen 31 F/A-18 durchaus ausreichend. Sollte der Bundesrat in Krisensituationen jedoch den Luftraum für bestimmte Herkunftsfländer oder für spezifische Gebiete sperren müssen, wäre nach zwei Wochen permanenten Einsatzes zweier F/A-18-Jets mit einem Grounding der Flotte zu rechnen.

Das führt Schellenberg zur Überzeugung, dass nach dem Nein zum Gripen die Flugzeugzelle des F/A-18 mindestens auf 6000 (ursprünglich 5000) Flugstunden zertifiziert werden sollte. Das sei, wenn auch unter Kostenföhrung, technisch möglich. Es erlaube den Einsatz der Flotte bis mindestens 2030 oder darüber hinaus – freilich nur, wenn die Flugstundenzahl gegenüber der gegenwärtigen Planung markant reduziert werde. Geschehe bezüglich Lebensdauer der F/A-18 nichts, seien diese ab 2025 nicht mehr einsetzbar. Für Schellenberg ist deshalb klar, dass angesichts des frühestmöglichen Zugangs eines neuen Kampfflugzeugs die Lebensdauer der F/A-18 verlängert werden muss, soll nicht eine schwerwiegende «strategische Lücke» in der Luftverteidigung entstehen. Und dieser Neuzugang werde Zeit

brauchen – auch wenn, nach heutiger Planung, 2017 mit der Evaluation eines neuen Kampfflugzeuges begonnen werde: Typentatschwerd 2020, Rüstungsprogramm 2022, allfällige Referendumsfrist, Unterzeichnung der Kaufverträge 2024. Das Szenario eines kompletten F/A-18-Groundings in der Mitte der 2020er Jahre wäre für Schellenberg eine absolut unannehmbare Perspektive. Eine Luftwaffe danach gleichsam wieder von Grund auf neu aufzubauen, hält er auch angesichts der langen Ausbildungszeiten der Besatzungen und der Unterhaltsbetriebe für unrealistisch.

Tiger flügel halten?

Eine Fussnote noch: Angesichts der dringend gebotenen Reduktion der Flugstunden zur Schonung der 31 verbliebenen F/A-18 böte sich möglicherweise eine Verlängerung der Einsatzdauer eines Teils der Tiger-F-5-Flotte bis über 2025 an – als Zielflugzeug unter anderem. Sind F/A-18 in dieser Funktion für teures Geld unterwegs, tendiert der Ausbildungsgewinn gegen null. Und wie Unterhaltssachverständige bestätigen, ist der Tiger flugtechnisch keineswegs am Lebensende – sosehr er als Kampfmittel mittlerweile obsolet geworden ist.

Anonyme Geldflüsse austrocknen

SP lanciert Volksinitiative für mehr Transparenz

Die Sozialdemokraten beklagen, dass den Siegern der nationalen Parlamentswahlen – SVP und FDP – im Wahlkampf ungleich viel mehr Geld zugeflossen sei. Deshalb drängt sich für die SP die Frage auf: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Geld und Wahlerfolg? Bedeutet viel Geld viele Sitze? Für die SP steht fest, dass Gegensteuer nottut. Am Samstag sollen die roten Delegierten grünes Licht geben für die Lancierung der Volksinitiative «für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung». Das Anliegen ist nicht neu. Im Wahljahr 2011 waren mehrere Transparenzprojekte lanciert worden, die aber allesamt im Sand verfielen. Weil sich dieser trotz harter Kritik seitens des Europarats und der OSZE der Bundesrat nicht bewegt habe, sei eine Volksinitiative der einzige Weg, um weiterzukommen, begründet die SP-Geschäftsleitung ihr Ansinnen.

Offenlegungspflichten

Die Initiative enthält drei Forderungen: Die im Bundesparlament vertretenen Parteien sollen gegenüber der Bundeskanzlei jährlich ihre Bilanz und Erfolgsrechnung sowie alle Geldzuwendungen im Wert von mehr als 10 000 Franken pro Jahr offenlegen müssen.

Parteien und Personen, die im Wahlkampf oder für eine eidgenössische Abstimmungskampagne mehr als 100 000 Franken ausgeben, sollen den Gesamtbetrag, die Herkunft der Eigenmittel sowie sämtliche Zuwendungen im Wert von mehr als 10 000 Franken transparent machen müssen.

Die Annahme anonymer Geldzuwendungen sei zu untersagen.

Der Ruf nach grösstmöglicher Transparenz im politischen Sponsoring ist zur Linken seit langem unbestritten. Die Forderung ist bisher von bürgerlicher Seite konsequent abgelehnt worden mit dem Hinweis, dass eine staatlich verordnete Transparenzpflicht mögliche Geldgeber abschrecke, weshalb letztlich das schweizerische Milizsystem insgesamt geschwächt würde.

Demgegenüber sieht sich die Linke systematisch benachteiligt, weil sie in Abstimmungskämpfen und Wahlen mit ungleich kürzeren Spisessen antreten müsse als die bürgerliche Konkurrenz. Die Jungsozialisten argumentierten zudem klassenkämpferisch: Die Forderung nach Finanzierungsansparnis reiche sich «in die kontinuierliche Kritik der Juso an den demokratiefeindlichen Auswüchsen des kapitalistischen Systems ein». Wenn die SP-Delegierten am Samstag der Lancierung der Volksinitiative zustimmen, so kann sich die junge Garde einmal mehr als Taktgeberin in die Brust werfen. In mehreren Kantonen haben die Juso mit singemässen Initiativen das Feld bereits beackert.

Verbündete gesucht

Die SP hofft, dass ihre Volksinitiative überparteilichen Sukzess erhalten wird. Der streitbare Schaffhauser Ständerat Thomas Minder gilt als potenzieller Verbündeter. Im Kreis der SVP exponiert sich der St. Galler Nationalrat Lukas Reimann seit längerem als Kämpfer gegen Intransparenz und Verfall. Im Wahljahr 2011 hatte er mit Gleichgesinnten eine Initiative «für die Offenlegung der Politiker-Einkünfte» lanciert. Das Volksbegehren scheiterte im Stadium der Unterschriftensammlung.

Für die SP-Transparenzinitiative kann sich Lukas Reimann gar nicht erwehren. Es handle sich um eine Fehlkonstruktion, weil die Initiative zwar Parteispending offenlegen wolle, aber die Einkünfte der Politiker sträflich ignoriere. Schon heute sei festzustellen, dass Parteispending direkt zu Politikern umgelenkt würden. Die SP-Initiative werde diesen ungenutzten Trend verschärfen, prognostiziert Transparenzbeauftragter Reimann. «Die Mandate-Sammler im Bundeshaus reiben sich schon jetzt die Hände und danken der SP».

Alles hinterfragen

Laut der Trendforscherin Li Edelkoort muss sich die Konsumgesellschaft neu erfinden

Seit Jahrzehnten prägt die Niederländerin Li Edelkoort die Zukunft der Mode- und Designszene; sie entwarf die Produkt- und Markenidentität von weltumspannenden Konzernen. Doch nun hat sie eine neue Vision.

NADINE JÜRGENSEN

Die Welt steht vor grossen Umbrüchen. Das sagt Lidewij Edelkoort, die als eine der Pionierinnen der Trendforschung gilt – und die in den vergangenen 35 Jahren mit ihren Voraussagen die Mode- und Designwelt massgeblich mitprägte – und davon profitierte. Zu den Kunden ihrer Beratungsfirma Trend Union mit Sitz in Paris gehörten etwa Coca-Cola, Siemens, Estée Lauder oder Gucci.

Die Frau, die vom niederländischen Hof zum Ritter geschlagen wurde, sagte

im März dieses Jahres der Mode allerdings den Tod voraus: «Fashion as we know it is dead.» Ihr darauffolgendes Manifest «Anti-Fashion» richtete hart über die Modeindustrie, kritisierte fehlende Werte und mangelndes Wissen der Designer und die ausbeuterischen Produktionsbedingungen der Fast-Fashion-Industrie.

Konsum neu gedacht

Li Edelkoort wäre nicht Li Edelkoort, wenn sie nicht wüsste, wie es nun weitergehen soll. Ihr neues Manifest mit dem Titel «The Emancipation of Everything 2017», das sie am nächsten Montag an einem Seminar in Zürich vorstellen wird, geht in seiner Kritik allerdings weit über den Zirkel der Mode- und Design-Afficionados hinaus. Sie antizipiert darin vielmehr die Herausforderungen der gesamten Konsumgesellschaft.

Edelkoort fordert nicht nur ein Umdenken, sondern einen radikalen Um-

bau der bestehenden Wirtschaft. Es müsse eine Brücke zwischen der Marktwirtschaft und der aufblühenden «economy of parasites» geschlagen werden. Die «Parasiten», welche die traditionelle Marktwirtschaft aussaugen und damit töten würden, müssten vernichtet werden. Die Wirtschaft werde sich vor allem dank innovativen Startups und Entrepreneurs weiterentwickeln, die der Weltgemeinschaft vorleben und zeigen, wie wir in Zukunft teilen, mieten und einander besser zuhören würden. Konsum müsse neu gedacht, ja gar neu erfunden werden, schreibe die Trendforscherin. Für die Modeindustrie, orakelt Edelkoort, müssten neue Formen des Handels und Vertriebs erfunden werden, die von der persönlichen Verbindung zum Konsumenten ausgingen.

Keine Konventionen mehr

Um diese Ziele zu erreichen, müssten aber die bestehende Ordnung, altherge-

brachte Normen und ungeschriebene Gesetze überdacht und allenfalls über Bord geworfen werden. Unsere Gesellschaft habe sich in den letzten hundert Jahren in einen Knoten verstrickt, in dem Konventionen jeden Lebensbereich durchdrungen hätten. Sei es die Art, wie man die Schäfte eines Schnitstuhls bindet oder wie man eine Tasse Tee zubereitet, sei es wie eine Stadt geplant wird oder wie wir ein besseres Bankensystem errichten könnten. Nun sei es an der Zeit, diesen Knoten zu sprengen.

Wir seien alle gefangen im alltäglichen Trübsal, schreibt Li Edelkoort. Sich eine völlig veränderte Gesellschaft vorzustellen, sei deshalb fast unmöglich. Deshalb müsse nun eine Welle an Innovation ausgelöst werden, dank der sich jeder von allem emanzipieren könne. Alles, jedes Detail müsse hinterfragt werden: Braucht ein Glas einen Stiel, ein Schuh einen Absatz, ein Rock einen Saum? Die Ausnahme müsse zur Regel werden.